

Dipl.Ing.(FH) Peter Erl, Brechhausstr. 1, 94486 Osterhofen-Altenmarkt

An den

vorab per E-Mail

NDR Rundfunkrat

Rothenbaumchaussee 132

20149 H a m b u r g

10.05.2021

Betreff: Formelle Eingabe nach § 13 NDR-Staatsvertrag

Hier: Sendung – Anne Will v. 09.05.2021 um 21.45 Uhr

Sehr geehrte Damen u. Herren vom NDR-Rundfunkrat,
hiermit möchte ich mich formell über die Sendungen von Anne Will am
09.05.2021 und am 25.04.2021 beschweren.

Die Interviews von Anne Will mit Annalena Baerbock und Armin Laschet verletzen das Gebot der sachlichen und fairen Berichterstattung, und damit wird die Meinung anderer nicht ausreichend geachtet. Es wird eindeutig Partei ergriffen. Die Befragung von Frau Baerbock war nicht ansatzweise so kritisch wie gegenüber Herrn Armin Laschet. Ich habe nichts gegen kritische Fragen, aber es gibt auch gegenüber Frau Baerbock genauso viele Anlässe kritisch nachzufragen. Wenn Sie beide Interviews im Vergleich sehen, werden Sie den Unterschied merken. Besonders verwerflich aber ist, der in der Sendung von Frau Neubauer geäußerte und nicht belegte Vorwurf des Antisemitismus gegen Herrn Maaßen. Dies stellt eine unzulässige, aus meiner Sicht sogar strafbare Diffamierung dar, die seinem Ansehen schweren Schaden zufügen kann. Frau Will hätte nach konkreten Belegen fragen müssen und ansonsten darauf hinweisen müssen, dass es sich um eine Falschbehauptung handelt. Diese Verantwortung hat sie. Dass sie nun – im Nachhinein – auch noch diesen Fauxpas auf Twitter verteidigt und versucht, mit dem Hinweis auf eine linke Agitationsplattform wie „UnionWatch“ die Anschuldigungen von Frau Neubauer zu unterstützen, macht es nur noch schlimmer.

Erstens ist UnionWatch in keiner Weise glaubwürdig, sondern ein interessengeleitete PR-Plattform gegen die Union.

Zweitens gibt aber selbst UnionWatch zu „Ob Ex-Verfassungsschutz-Chef Maaßen ein Antisemit ist, kann man nicht rechtssicher feststellen“.

Insgesamt stellen die Sendungen eine Verletzung Ihrer Programmgrundsätze dar.

Ich bitte Sie Frau Anne Will dafür zu rügen und Sorge zu tragen, dass in der weiteren Berichterstattung, Ihrer Sendeanstalt, vor allem bis zur Bundestagswahl das Gebot der Fairness erfüllt wird.

Sie haben als Öffentlich-Rechtlicher Sender eine besondere Verantwortung, der sie angesichts der ohnehin bestehenden Diskussion über die Legitimation mit Pflichtbeiträgen finanzierter Sender unbedingt nachkommen sollten.

Mit freundlichen Grüßen



Dipl.Ing.(FH) Peter Erl

Präsidiumsmitglied der MIT

Bezirkvorsitzender der Mittelstandsunion Niederbayern

Stellv. Landrat Deggendorf a.D.